

Gerhard Vinnai

Die Einsamkeit der Macht

(Vortrag Change Tagung Basel 2012)

In literarischen Texten wird immer wieder die Einsamkeit von Mächtigen dargestellt. Der absolutistische spanische König Philipp II, in Schillers „Don Carlos“, erscheint als einsamer Mensch. Vargas Llosa führt in seinem Roman „Das Fest des Ziegenbocks“ die Einsamkeit eines alternden mittelamerikanischen Caudillo im 20. Jahrhundert vor. Von Adolf Hitler wissen wir, dass er keinen engen Freund und keine Beziehung zu einer Frau hatte, in der es zu wirklicher Nähe kam. Gibt es heute in unserer westlichen Gesellschaft - unter ganz anderen sozialen Bedingungen - eine Einsamkeit von politisch Mächtigen? Welche Gestalt kann sie annehmen? Darüber möchte ich im Folgenden, bezogen auf die soziale Situation von Spitzenpolitikern in den Zentren der politischen Macht, einige Vermutungen anstellen. Die Analyse bezieht sich vor allem auf Männer, doch dürften die Strukturen, die im Folgenden dargestellt werden, auf verwandte Art auch auf Frauen einwirken.

Macht kann es erlauben, vielerlei Beziehungen zwischen Menschen zu stiften, sie kann vielerlei Möglichkeiten des sozialen Kontakts eröffnen. Warum kann sie trotzdem auch zu einer äußeren oder inneren Vereinsamung führen? Ich möchte versuchen, auf sozialstrukturell verursachte und psychologische Faktoren hinzuweisen, die diese Einsamkeit bewirken könnten. Heutige Politiker erscheinen im Bild der Öffentlichkeit zumeist, aufgrund ihrer vielfältigen sozialen Kontakte, meist nicht als einsam. Über ihre innere Einsamkeit lässt sich Allgemeines kaum präzise ausmachen. Ich will deshalb mein Thema eher indirekt angehen und vor allem auf Formen der sozialen Distanz und der Selbstentfremdung hinweisen, denen sie ausgesetzt sind, von denen ich annehme, dass sie mit mehr oder weniger starken Gefühlen der Isolierung verbunden sein können. Um Tendenzen klar zu machen, enthalten meine Äußerungen vielleicht manchmal pointierte Übertreibungen.

Nach einer berühmten Definition von Max Weber, dem Stammvater der Soziologie, bedeutet Macht »die Chance innerhalb einer sozialen Beziehung den

eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen«. (Weber 1956, S.38). Diese Definition lässt einige Fragen offen.

Wie ist zum Beispiel politische Macht mit Gewalt verknüpft? Politisches Handeln von Politikern ist in unserer Gesellschaft mit staatlichen Institutionen verbunden. Dieser Staat aber hat, nach Max Webers Einsicht, »das Monopol des legitimen physischen Zwangs«. (Weber 1956, S.39) Das heißt: Macht hat im Bereich des Staates immer auch eine Beziehung zu der Gewalt, die der Staat zur Durchsetzung seiner Interessen gegenüber Bürgern ausüben kann, um sie zur Einhaltung von Gesetzen zu zwingen. Er tut dies mit Hilfe der Polizei, von Gerichten oder Gefängnissen. Die Drohmacht der Gewalt des Staates sorgt für ein Distanz schaffendes Spannungsverhältnis zwischen den Vertretern der Staatsmacht und der ihnen unterworfenen Bürgern, weil jeder Bürger sich als zumindest potentieller Gesetzesbrecher erfahren kann, der der Drohung der Staatsgewalt ausgesetzt ist. Nicht nur beim Begehen von illegalen Gewalttaten, sondern zum Beispiel auch bei der Anfertigung von Steuererklärungen, bei Geschwindigkeitsüberschreitungen im Straßenverkehr oder den größeren und kleineren Betrügereien, die kaum jemand ganz fremd sind, kann der Staat bzw. dessen Repräsentanten als Distanz schaffende feindliche Macht erlebt werden. Diese Distanz kann wachsen, wenn der Staat, was immer wieder vorkommt, seine legalen Befugnisse überschreitet.

Die politische Macht ist nie nur, wovon Webers Definition ausgeht, als personengebundene zu begreifen, die vom Willen Einzelner oder der Gruppe abhängig ist, der sie sich zurechnen. Sie ist auch an das gebunden, was man als „den stummen Zwang sozialer Strukturen“ bezeichnen kann. Staatliches Handeln ist bei uns an die unpersönliche Ordnung von Staatsbürokratien gebunden, die weitgehend formalisierten Regeln gehorchen. Es ist an rechtsstaatliche Normen gebunden, die üblicherweise nicht auf Einzelne bezogen sind. Besonders der stumme Zwang ökonomischer Verhältnisse, vor allem in Gestalt der Wirkung von Marktgesetzmäßigkeiten, legt dem Handeln von Politikern Zwänge auf, die nicht ohne weiteres personell fassbar sind. Menschen in wirtschaftlichen Machtpositionen vollstrecken solche ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und können dabei, zum Beispiel als Chefs multinationaler Konzerne, unter Umständen

mehr Macht erlangen als Politiker - aber sie sind meist kaum Urheber dieser Gesetzmäßigkeiten. Ökonomische Strukturen sind zwar dem Denken und Tun von Menschen entsprungen, aber sie haben sich meist so weit verselbständigt, dass sie ihnen als fremde Macht entgentreten, der sie sich anzupassen haben. Unter dem Einfluss der stummen Machtwirkungen von Verhältnissen wird politisches Handeln heute stark von einer kalten, unpersönlichen Rationalität beeinflusst, die Gleichgültigkeit und Distanz zwischen Menschen schafft. Politik dreht sich heute in erster Linie um das Einnehmen und Ausgeben von Geld. Geld aber ist ein Medium, das Menschen bei gemeinsamen Interessen verbinden kann, aber sie zugleich auch, wegen seines nicht personenbezogenen, bloß rechenhaften Charakters, bei gegensätzlichen Interessen voneinander zu isolieren vermag. Staatliche Sparmaßnahmen im Bereich von Sozialleistungen kennen zum Beispiel üblicherweise keine Rücksichtnahme auf die individuelle Besonderheit Einzelner. Sie zeigen meist kaum Anteilnahme an deren Schicksal und sind stattdessen von einer unpersönlichen Kälte infiziert.

In einer Gesellschaft, deren Ökonomie und das mit ihr verbundene Sozialleben vom Prinzip der Konkurrenz beherrscht werden, bestimmt dieses Prinzip auch den Bereich der Politik. Parteipolitik ist mit harter Konkurrenz um Macht zwischen konkurrierenden Parteien verbunden. Die Macht der eigenen Partei wird immer von rivalisierenden Parteien bedroht. Auch innerhalb der eigenen Partei gibt es immer Konkurrenten, die die eigene Machtposition zu übernehmen trachten. Diese permanente Konkurrenzsituation erzwingt ein permanentes Misstrauen andern gegenüber, ebenso wie das ständige Bemühen, Beziehungen zu organisieren, welche die eigenen, immer potentiell bedrohten Machtpositionen absichern können. Wer Erfolg im innerparteilichen Machtspiel haben will, muss Abhängigkeiten schaffen können, die andere zur Loyalität verpflichten. Helmut Kohl zum Beispiel hat die CDU in Deutschland vor allem durch eine Vielzahl von Kontakten und die damit verbundene Stiftung von Abhängigkeiten beherrscht. Wer sich diesen Abhängigkeiten entziehen wollte und aufbegehrte, wurde von Kohl aus dem Zentrum der Macht ausgegrenzt. Wer Macht hat oder sie behalten will, ist wohl auch auf Freundschaften und die Solidarität anderer angewiesen, aber zugleich immer auch, und das nicht zuletzt, auf einen kalkulierenden instrumentellen Umgang mit Bündnispartnern und potentiellen Rivalen. Zu viel

Vertrauen, das Nähe herstellen will, rächt sich in der Politik - deshalb erzeugt sie offene und verschleierte Distanz.

Der Politikbetrieb beschädigt, trotz ständigem Reden, die sprachliche Verständigung, die Menschen einander näher bringen kann. Der Kampf um Wählerstimmen und die mit ihm verbundene Konkurrenz mit anderen Parteien, legt den verbalen Äußerungen von Politikern vielerlei Zwänge auf. Ein Politiker muss lernen, eindeutige, klare Aussagen zu vermeiden, wenn das Festlegungen bedeuten könnte, die man aus taktischen Gründen vermeiden möchte oder die dem politischen Gegner Angriffsflächen bieten könnten. Versprechen für die Zukunft müssen häufig so gemacht werden, dass sie im Vagen bleiben, und so keine einklagbaren konkreten Ansprüche begründen, die enttäuscht werden können.

Politische Diskurse in Parlamenten oder Talkshows sind üblicherweise nicht primär an der Wahrheitsfindung orientiert, wie das im Idealfall zum Beispiel in wissenschaftlichen Debatten der Fall ist: Es geht bei ihnen in erster Linie um die Sicherung von Macht und Einfluss bzw. die Durchsetzung von Interessen. Zugleich sind politische Entscheidungen meist mit Kompromissen verbunden, die eigenen Positionen und Einsichten kaum jemals wirklich entsprechen und sie damit notwendig verwässern. Dass Politiker in der Öffentlichkeit häufig als prinzipienlose Opportunisten gelten, die bloß am Machterhalt interessiert sind, mag nicht selten stimmen, es kann diesen aber auch Unrecht tun, weil Machtstrukturen, die Kompromisse erzwingen, das Einnehmen profilierter klarer Positionen erschweren.

Die Sprache des Politischen ist ritualisiert. Die gemeinsame Durchsetzung von parteipolitischen Interessen fordert standardisierte Sprachmuster, die es erlauben, Differenzen in den eigenen Reihen nicht deutlich werden zu lassen. In zahllosen, meist kurzen Gesprächen mit Wählern kann nicht ständig nach neuen Argumenten gesucht oder auf Fragen wirklich eingegangen werden. Die Antworten, die Politiker Wählern auf ihre Fragen geben, sollen den Wählern meist vor allem eine bestimmte Position einhämmern, aber nicht unbedingt deren Problembewusstsein fördern. Darin verbirgt sich eine Art Distanz schaffender Missachtung.

Wahrhaftigkeit und Offenheit, die es erlauben, Schwächen und mangelndes Wissen einzugestehen, können im Bereich des Politischen sehr schädlich sein: Politiker müssen, um erfolgreich zu sein, ständig Kompetenz suggerieren können. Es ist ihnen kaum erlaubt, wie das in gelingenden Diskussionen an anderen Orten der Fall ist, Vorläufiges, Ungeschütztes oder Problematisches zu formulieren, das im Verlauf von Gesprächen korrigierend weiterentwickelt werden kann. Sie müssen so tun als ob sie Bescheid wüssten.

Alle diese angedeuteten Faktoren sorgen dafür, dass im Bereich des Politischen Gespräche sehr erschwert sind, die dazu dienen können, gemeinsam offene Fragen zu klären..

Führende Politiker sind einer ständigen Beobachtung durch die Medien ausgesetzt. Diese Art der ständigen Kontrolle betrifft nicht nur den Bereich politischen Handelns, sondern tendenziell auch ihr Privatleben. Das erfordert von Politikern sorgfältige Strategien, die den Einfluss der Medien auf das Privatleben abwehren oder die dazu dienen sollen, Einblicke in das Privatleben auf eine Art zu gewähren, die Sympathiewerte steigert. Solche Strategien verlangen ein stets waches Misstrauen gegen Medienvertreter oder die Fähigkeit, sich auf eine Art als Privatperson zu inszenieren, die mit Täuschungen der Öffentlichkeit verknüpft ist. Der Kanzler Kohl zum Beispiel führte für die Medien immer wieder ein ideales Familienleben vor, obwohl wir durch den als Buch veröffentlichten Bericht seines Sohnes wissen, dass alles Andere als das der Fall war. (Kohl 2011)

Spitzenpolitiker sind extremen Arbeitsbelastungen ausgesetzt. Sie haben nur in sehr beschränktem Maße die Möglichkeit, eigene Interessen in der Freizeit zu verfolgen oder Muße zu erfahren, um dadurch Distanz zu ihrer politischen Tätigkeit zu gewinnen. Üblicherweise leidet ihr Familienleben massiv unter ihren politischen Verpflichtungen. Häufig sind Frauen und Kinder nicht am Ort ihrer politischen Tätigkeit wohnhaft, was zu stark reduzierten Wochenendbeziehungen führt. Als Kompensation bieten sich für Männer Beziehungen zu anderen Frauen neben Ehe an. Macht kann sinnlich machen und Politikern eine erotische Attraktivität bei bestimmten Frauen verschaffen, die bereit sind, sich auf eine Beziehung zu ihnen einzulassen. Das birgt die Gefahr einer Skandalisierung durch

die Medien in sich, die besonders in den USA schon manche politische Karriere beendet hat. Das Liebesleben eines Politikers, das sich der Norm nicht fügt und die er nicht geheim halten kann, kann für ihn zum Verhängnis werden. In Deutschland gilt für die Medien, im Gegensatz etwa zu den Vereinigten Staaten, noch weitgehend die Regel, dass das Privatleben von Politikern nicht an die Öffentlichkeit gezerrt werden sollte. Aber die Geltung dieser Regel ist nie wirklich gesichert, sie kann aus politischem Kalkül und oder aus Sensationslüsternheit, die verkaufsfördernd bedient werden kann, immer wieder durchbrochen werden. Dabei braucht der Hinweis auf seine sexuellen Eskapaden einem Politiker nicht notwendig zu schaden. Seine Anhänger können auch heimlich die sexuelle Potenz bewundern, die sie demonstrieren.

In demokratisch verfassten Staaten sind Politiker auf die Zustimmung von Wählern angewiesen. Das bestimmt den Charakter ihrer Machtausübung und ihre Realitätsbezüge entscheidend mit. Den Wählern ist das Funktionieren des Politikbetriebs aufgrund mangelnder politischer Bildung und des Fehlens eigener Erfahrungen meist relativ fremd. Der Einfluss von durch Lobbyisten vermittelten Interessengruppen auf die Politik ist für sie schwer durchschaubar. Die komplexen Wirkungen sozialstruktureller Zwänge, die das Handeln von Politikern sehr weitgehend bestimmen, sind für sie meist kaum zu erkennen. Deshalb neigen sie zu „personalisieren“ Interpretationen des politischen Geschehens, durch die das Handeln von Politikern simplifizierend als Ausfluss ihres Charakters und ihrer Fähigkeiten wahrgenommen wird. Durch die Medien und dabei besonders das Fernsehen wird solches personalisierendes Denken noch weiter verstärkt. Dadurch verfällt die Einstellung zu Politikern leicht massenpsychologischen Wirkungen, deren irrationale Züge sich mit Hilfe der Massenpsychologie Sigmund Freuds analysieren lassen. Diese kann vor allem auf deren unbewusste, irrationale Elemente hinweisen. (siehe Freud 1940)

Politische Führer können, nach Freuds Einsicht, Massen an sich binden, wenn sie sich, an die Stelle des „Ichideals“ ihrer Mitglieder zu setzen vermögen. Der politische Führer, oder genauer, die Vorstellung die man von ihm hat, muss also an die Stelle dessen treten können, was seine Anhänger sein oder haben möchten: Er muss, in anderen Worten, eine Figur darstellen, die für die narzisstischen

Wünsche ihrer Anhänger steht. Durch ihre kollektive Identifikation mit der gleichen politischen Autorität können sich deren Anhänger auch untereinander identifizieren und sich dadurch miteinander verbunden fühlen, auch wenn sie sich sonst gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehen. In Massensituationen kann es, wie Freud aufgezeigt hat, zu einer Reduktion des kritischen Verstandes kommen, bisher abgewehrte Gefühle und Phantasien, können durch dessen Schwächung stark das kollektive Erleben bestimmen. Freud geht davon aus, dass in Massen regressive Infantilisierungen möglich werden, durch die Führerfiguren unbewusst an die Stelle idealisierter Vater- oder auch Mutterfiguren aus der Kindheit treten. (Freud hat zu wenig berücksichtigt, dass unter bestimmten Umständen, wenn Massen eine spezifische Struktur ausbilden, auch viel Energie und Kreativität in ihnen freigesetzt werden kann, die durchaus auch in den Dienst einer gesteigerten Realitätstüchtigkeit treten können.) Irrationale Dispositionen von Massen, die mit fragwürdigen Bindungen an Führerfiguren verknüpft sind, können dadurch verstärkt werden, dass die in ihnen vorhandene Aggressivität, beziehungsweise die Aggressivität, die unterschwellig gegen den Führer gerichtet wird, unbewusst nach außen gegen einen politischen Gegner verschoben wird. Dessen Bild nimmt dann in gewisser Weise die Aggressivität des eigenen Lagers in sich auf. Massen können durch den so erzeugten gemeinsamen Feind oder Gegner, der als ständige Bedrohung beschworen wird, zusammengeschweißt werden. Jeder erfolgreiche politische Propagandist weiß, wie sehr das Wir-Gefühl seiner Anhänger auf einen gemeinsamen Gegner angewiesen ist.

Abhängig von Führerfiguren können, wie Freud aufgezeigt hat, Massen in infantile Abhängigkeiten geraten, bei denen die Abwehr von fragwürdigen Emotionen und Triebregungen gelockert ist. Es ist aber auch möglich, dass die mit der Führerfigur verbundene Drohmacht bei ihren Anhängern Angst auslöst, die zur Verdrängung oder Verleugnung von bedrohlichen äußeren und inneren Realitäten führt. Nicht nur durch die Freisetzung von infantilen Wünschen, auch durch die Abwehr bedrohlicher Realitätseinsichten, welche durch Angst hervorgerufen wird, kann deshalb das Ich der Massenmitglieder geschwächt werden.

Massensituationen bergen, wie dargestellt, die Gefahr kollektiver infantiler Abhängigkeiten in sich. Durch solche Abhängigkeiten können auch politische Führer korrumpiert werden. Der Führer, der seine Macht behalten will, muss sich ständig darum bemühen, dem narzisstisch geprägten kollektiven Ichideal der Massen zu entsprechen, die er an sich binden will. Da er in der Realität nahezu automatisch hinter diesem Ideal zurück bleibt, muss er sich darum bemühen, eine von Wünschen erzeugte Fiktion zu verkörpern und sich ihr entsprechend propagandistisch darzustellen oder darstellen lassen. Er muss als politisch potenter, kenntnisreicher oder auch menschlicher erscheinen, als er in Wirklichkeit ist. Politiker müssen ein bestimmtes Image erarbeiten, das den Wünschen der Wähler entgegenkommt. Sie müssen die Art ihres Auftretens, ihre Körpersprache oder ihre Rhetorik mit Hilfe von Medienberatern auf dieses Image hin ausrichten. Dazu müssen sie sich massive Selbstkontrollen auferlegen, die sie freilich zumindest teilweise so weit internalisieren, dass sie als Fremdzwänge nicht mehr ins Bewusstsein treten. Die Rolle und die Person können immer mehr so verschmelzen, dass die entstandene Selbstentfremdung nicht mehr erfahrbar ist.

Der Glaube von Massen an das narzisstische Ideal, das der politischen Führer für sie repräsentiert, kann diesen dazu verführen, die auf ihn gerichteten Wünsche mit der eigenen Wirklichkeit zu verwechseln. Seine Größenfantasien, die ihn zum Handeln antreiben, können dadurch so aufgeladen werden, dass die Realitätseinsicht getrübt wird. Wo er aber die Fragwürdigkeit von Massenbindungen erkennt, kann das zur Verachtung von Wählern und Getreuen führen, für die er gewissermaßen Theater spielen muss.

Wenn der politische Führer für das Ichideal seiner Anhänger steht, besteht die große Gefahr, dass bei politischer Erfolglosigkeit, auch wenn er sie gar nicht verursacht hat, seine Idealisierung zusammenbricht. Das Scheitern der narzisstischen Wünsche der Anhänger, die auf ihn gerichtet waren, kann dann bei diesen narzisstisch geprägte Enttäuschungswut umschlagen, die der Führer zu spüren bekommt. Der vorher in den Himmel Gehobene, kann dadurch auf fatale Art abstürzen. Der Baron Guttenberg erfuhr in Deutschland, aufgrund seines alten Adels, seines Aussehens, seiner sprachlichen Fähigkeiten und seines Geschicks,

sich medial zu inszenieren, eine unkritische Idealisierung in der Bevölkerung, die sich mit der Idealisierung durch die Medien verband. Als er im Zusammenhang mit seiner Doktorarbeit als Betrüger entlarvt wurde, verwandelte sich diese Idealisierung bei Vielen in durch Enttäuschung verursachte besondere Verachtung. Viele seiner „Fans“ zeigten aber auch das Bestreben, eine verliebte Idealisierung fortzusetzen und die Realitäten zu leugnen, die ihr widersprachen.

Warum besteht ein Interesse daran, politische Spitzenpositionen anzustreben, obwohl dort die individuelle Freiheit sehr eingeschränkt sein kann und die Möglichkeiten der Gestaltung des Sozialen meist viel geringer sind, als man üblicherweise glaubt? Natürlich spielt dabei das Interesse eine Rolle, eigene politische Vorstellungen, oder die Interessen der sozialen Gruppe, der man sich zurechnet, bei der Gestaltung der sozialen Realität zur Geltung zu bringen. Daneben kann der Eintritt in die Politik auch im Interesse der eigenen beruflichen Karriere gesucht werden. Er kann den Zugang zu Pfründen und Beziehungen versprechen, die dem eigenen privaten Fortkommen dienlich sind. Aber politisches Engagement hat immer auch, und das nicht zuletzt, etwas mit der Befriedigung narzisstischer Bedürfnisse zu tun, welche die Ausübung von Macht verspricht. (hierzu Wirth 2002) Der narzisstische Drang nach öffentlicher Anerkennung ist nicht nur eine zentrale psychische Voraussetzung dafür, Macht anzustreben, die Ausübung von Macht kann auch eine sehr wirkungsvolle Stimulans für das narzisstische Selbsterleben sein. Wer ständig in den Medien auftaucht, darf sich einbilden, jemand zu sein. Das Streben nach narzisstischem Gewinn, der mit der Ausübung von Macht verbunden ist, kann durchaus berechtigt sein, wenn es mit Selbstkritik verbunden ist, die es zähmt und Macht vor allem ausgeübt wird, um ein vernünftiges sachliches Ziel zu erreichen. Wo das Ziel, Macht auszuüben, aber primär wegen des narzisstischen Gewinns bei der Erfüllung von Omnipotenzwünschen angestrebt wird, ist das Gemeinwesen bedroht. Ein nicht selten vorkommender pathologisch übersteigter Narzissmus von Mächtigen trübt deren Realitätseinsicht. Er bedroht sie, damit verbunden, auch mit innerer Leere und Gefühlen der Vereinsamung. Ein übersteigter Narzissmus kann auf Dauer keine wirkliche Zufriedenheit zulassen, er ist nämlich unersättlich und auf immer wieder erneuerte, oft suchthaft angestrebte Formen der Befriedigung angewiesen. Primär narzisstische Beziehungen stehen reiferen

Beziehungen im Wege, die ihre menschlichen Objekte wirklich ernst nehmen, und damit die Einsamkeit eher bannen können. Wo beim Ausscheiden aus der Politik die narzisstische Zufuhr stark abnimmt, kann das bei denen, die besonders auf sie angewiesen sind, zu schweren seelischen Krisen führen.

Welche praktischen Konsequenzen lassen sich aus dieser Analyse ziehen?

Ihre Beziehung zur Macht verurteilt Spitzenpolitiker zu bestimmten Formen der Einsamkeit und der Selbstentfremdung. Wenn die damit verbundenen Deformationen nicht übermächtig werden sollen, brauchen sie die Fähigkeit zur kritischen Distanz gegenüber dem Politikbetrieb, sie müssen zu Grenzziehungen gegenüber seinen Zumutungen in der Lage sein. Sie brauchen eine innere Autonomie, die der Versuchung durch massenpsychologische Verführungen entgegensteht. Sie brauchen, in anderen Worten, die Fähigkeit zu positiven Formen der Einsamkeit, die Distanz zu Formen der Vereinnahmung erlaubt. Diese Art der Unabhängigkeit können sie allenfalls erlangen und behaupten, wenn sie zu gelingenden Beziehungen zu Familienmitgliedern, Freunden oder Beratern in der Lage sind, die ihnen dabei behilflich sind. Nicht zuletzt brauchen sie mündige Bürger, die ihnen selbstbewusst als Partner und Kritiker gegenüberreten können. Eine demokratische Kommunikations- und Streitkultur ist eine Voraussetzung dafür, dass Politiker zu ständigen lebendigen Lernprozessen und sich verändernden sozialen Beziehungen gezwungen sind. Der Politikbetrieb ist immer von Erstarrungen und leer laufender Routine bedroht. Dagegen sind Einzelne weitgehend machtlos: Nur soziale Bewegungen, die Politiker zwingen können, sich zu öffnen und andere Beziehungen zur Realität und zu sich selbst herzustellen, können dem entscheidend entgegenwirken. Die Studentenbewegung der Sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts, die Frauenbewegung, Friedensbewegung, die Ökologiebewegung oder vielleicht die gegenwärtig Occupy-Bewegung konnten oder können die Erstarrung des Politischen lockern und die Politik näher an die soziale Realität und damit die Wirklichkeit vom Menschen heranzuführen. Solche sozialen Bewegungen können unter günstigen Umständen dafür sorgen, dass politische Institutionen sich für Bürger und Politiker nicht in Gehäuse der Hörigkeit verwandeln.

Literatur:

Sigmund Freud: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Gesammelte Werke XIII,
Frankfurt 1940

Walter Kohl: Leben oder gelebt werden. München 2011

Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1956

Hans-Jürgen Wirth. Narzissmus und Macht. Gießen 2002